



Jan Korte
Mitglied des Deutschen Bundestages
Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der
Fraktion DIE LINKE.

Jan Korte MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Landkreis Anhalt-Bitterfeld
Landrat Uwe Schulze
Am Flugplatz 1

06366 Köthen (Anhalt)

Berlin, 8. Juli 2020

Jan Korte MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: 030 227-71100
Fax: 030 227-76201
E-Mail: jan.korte@bundestag.de
Homepage: www.jankorte.de

Bürgerbüro Bernburg
Kleine Wilhelmstr. 2b
06406 Bernburg
Telefon & Fax: 03471-622 947
jan.korte@wk.bundestag.de

Bürgerbüro Bitterfeld-Wolfen
Kirchstr. 2
06749 Bitterfeld-Wolfen
Telefon: 03493-401 594
Fax: 03493-824 957
bitterfeld@jankorte.de

Bürgerbüro Staßfurt
Löderburger Str. 94
39418 Staßfurt
Telefon & Fax: 03925-322 381
stassfurt@jankorte.de

Bürgerbüro Köthen
Friedrich-Ebert-Str. 22
06366 Köthen
Telefon & Fax: 03496-303 390
koethen@jankorte.de

Erster Parlamentarischer
Geschäftsführer der Fraktion
DIE LINKE. im Bundestag

Sehr geehrter Herr Landrat Uwe Schulze,
sehr geehrter Kollege Kees de Vries,

die Corona-Epidemie hat uns gezeigt, wie wichtig eine funktionierende Krankenhausstruktur in der Bundesrepublik ist. Vor allem hat sie aber gezeigt, dass unsere Gesundheit nicht dem Markt überlassen werden darf. In ihrer 4. Ad-hoc-Stellungnahme zur Coronavirus-Pandemie vom 27. Mai 2020 hat die Nationale Akademie Leopoldina eine Weiterentwicklung des Gesundheitssystems gefordert: „Wie diese Krise deutlich zeigt, können in einem Gesundheitssystem, das ein integraler Bestandteil der Daseinsvorsorge ist, grundsätzlich nicht die gleichen wirtschaftlichen Maßstäbe angelegt werden wie in der freien, wettbewerbsorientierten Wirtschaft. Die Gestaltung eines adaptiven Gesundheitssystems, das auch Ausnahmesituationen meistern kann, ist eine staatliche Aufgabe“, schreiben uns Politikern die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler ins Aufgabenheft.

Darüber hinaus haben wir im Landkreis Anhalt-Bitterfeld am Beispiel der Fachklinik "Frauenheilkunde und Geburtshilfe" in der Gesundheitszentrum Bitterfeld/Wolfen gGmbH erlebt, dass die Bevölkerung nicht weiter dazu bereit ist, Einschränkungen der Daseinsvorsorge zu akzeptieren. Zu Recht, wie ich meine. Gleichzeitig sind mir die finanziellen Herausforderungen bekannt, denen der Landkreis sich stellen muss.

Wenn ein Gesundheitssystem auf der einen Seite dafür sorgt, dass private Krankenhauskonzerne mit unseren Krankenkassenbeiträgen Gewinne erwirtschaften (die fünf größten Konzerne zusammen mit ca. 1 Milliarde Euro 2019) und gleichzeitig kommunale Krankenhäuser wie die Gesundheitszentrum Bitterfeld/Wolfen gGmbH Probleme



damit haben, ihr Angebot aufrecht zu erhalten, dann läuft etwas grundlegend falsch.

Im Bundestag hat meine Fraktion DIE LINKE schon 2015 mit dem Antrag „Krankenhäuser gemeinwohlorientiert und bedarfsgerecht finanzieren“ (Drucksache 18/6326) einen Vorschlag gemacht, an diesem System etwas zu ändern und vor allem die Fallpauschalen abzuschaffen. Leider hat die Fraktion Ihrer Partei CDU unseren Antrag abgelehnt, eine eigene Initiative der CDU zur kostendeckenden Finanzierung von Krankenhäusern ist mir nicht bekannt.

Ich begrüße es, dass der Landkreis von der Schließung der Fachklinik "Frauenheilkunde und Geburtshilfe" in der Gesundheitszentrum Bitterfeld/Wolfen gGmbH vorerst Abstand genommen hat. Eine nachhaltige Lösung, auch für die kommunale Klinik, wäre eine Reform des Gesundheitssystems nach dem Prinzip der Kostendeckung. Ich möchte Sie deshalb bitten, Herr Schulze und Herr de Vries, in ihrer Partei CDU für eine solche Reform zu werben und eine entsprechende Initiative im Bundestag – wo Ihre Partei die größte Fraktion stellt – durchzusetzen, damit der Leistungsumfang kommunaler Krankenhäuser erhalten bleibt. Auf die Stimmen der Fraktion DIE LINKE könnten Sie dabei zählen.

Mit freundlichen Grüßen

Jan Korte